

Was den überlasteten Gerichten hilft

Cannabis, Clan-Kriminalität und Künstliche Intelligenz: Im Gespräch mit Niedersachsens Justizministerin Dr. Kathrin Wahlmann

VON ANPING RICHTER

Landkreis. Die Gerichte sind überlastet und schieben einen Berg von Verfahren vor sich her. Beim Besuch der niedersächsischen Justizministerin in Stade geht es darum, was dagegen hilft. Digitalisierung? Auf jeden Fall. Das Cannabisgesetz? Eher nicht, findet sie.

Seit November letzten Jahres ist die 46-jährige Dr. Kathrin Wahlmann Niedersächsische Justizministerin. Die Sozialdemokratin hat sich viel vorgenommen – unter anderem, bis Ende 2025 alle 140 Justizbehörden im Land persönlich zu besuchen. Jetzt waren Sozialgericht und Verwaltungsgericht in Stade dran. Es ging nicht nur ums Kennenlernen: Das Sozialgericht in Stade ist in Sachen Digitalisierung ganz weit vorne. „Ein Leuchtturm in Niedersachsen“, sagt die Justizministerin. Und den hat sie sich ganz genau angesehen.

Seit die Flüchtlingskrise ungefähr im Jahr 2014 Fahrt aufnahm, gab es jahrelang mehr Eingänge, als sie bearbeiten konnten, berichtet Susanne Lang, Präsidentin des Verwaltungsgerichts Stade. Es ging um mehrere Tausend Fälle. Inzwischen haben sie einiges abgebaut können, doch viele Verfahren schlummern noch, zum Teil seit drei Jahren und länger. Je nach Dringlichkeit werden Prioritäten gesetzt. Und jetzt steigen die Asylzahlen wieder, merkt Susanne Lang an.

E-Akte löst beim Sozialgericht Stade die Papierberge ab

Die Digitalisierung erleichtert die Arbeit. Die elektronische Akte (E-Akte) lässt nicht nur Papierberge verschwinden, sie erleichtert auch das Suchen und Finden von Vorgängen oder bestimmten Passagen. „Früher bekam ich nach dem Urlaub einen Meter Akten vormittags und einen Meter Akten nachmittags“, sagt Sozialgerichtsdirektor Guido Clostermann. Das ist jetzt passé: Das Sozialgericht Stade ist bei der Digitalisierung seit 2018 Pilotgericht. Seit Februar 2023 werden die Akten der Verfahren nur noch digital geführt. Bis dahin musste noch zweigleisig gefahren und alles auch in Papier vorgehalten werden.

In der niedersächsischen Justiz arbeiten mehr als 15.000 Personen, davon 679 Staatsanwälte und 2186 Richter. Angesichts der Arbeitsbelastung hatte

Wahlmann angekündigt, 280 neue Mitarbeiter einstellen zu wollen, darunter 117 Richter und Staatsanwälte. Sie räumt ein, dass dieser Wunsch im Haushalt 2024 kaum berücksichtigt wurde. Es gab nur einige Entfristungen bei Stellen, die sonst weggefallen wären. Einige wenige wurden neu besetzt. Allerdings nicht im Sozial- und nicht im Verwaltungsgericht.

Justiz-Server lahmgelegt – neues Rechenzentrum kommt

„Dafür habe ich aber viel Geld für IT bekommen“, sagt Ministerin Wahlmann. Neben der Digitalisierung auch für das neue Rechenzentrum der Justiz. Es soll leistungsfähiger werden und zieht deshalb von Hannover nach Hamburg. Das soll verhindern, dass zum Beispiel Serverprobleme die Justiz ereilen, wie es im April niedersachsenweit geschah. „Wir waren hier ein, zwei Tage lahmgelegt“, erinnert sich Susanne Lang.

Ein guter Grund, eine Priorität auf die IT zu legen, findet Wahlmann. Die Mitarbeiter dafür zu finden, werde eine Herausforderung. Kein Problem sei es bisher, neue Stellen bei Richtern und Staatsanwälten zu besetzen: Die Verantwortung als dritte Gewalt im Staat, die rich-

terliche Unabhängigkeit und hohe Flexibilität bei Arbeitszeiten und Homeoffice machen die Arbeit offenbar attraktiv.

Aber wie steht es um die Zukunft? Macht Künstliche Intelligenz (KI) die Tätigkeit der Juristen nicht immer verzichtbarer? Das KI-System Chat GPT soll vor einigen Monaten sogar das US-amerikanische Staatsexamen gemeistert haben.

Die Justizministerin sieht diese Gefahr nicht. Gerichte in Hildesheim und Osnabrück sammeln gerade Erfahrungen mit Richter-Assistenz-Programmen. Die KI gucke über Schriftsätze oder in die Vorrechtsprechung. Aber: „Vor Gericht geht es um mehr als die Fakten aus den Akten. Am Ende entscheidet der Mensch. Das ist wichtig“, sagt Wahlmann.

Künstliche Intelligenz kann den Richtern assistieren

Verwaltungsgerichtspräsidentin Susanne Lang sieht in der Richterassistenz eine Chance: „Die KI kann uns viel von dem ersparen, was nicht wirklich richterliche Tätigkeiten sind.“

Die CDU fordert aktuell, die Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften zur Bekämpfung der Clankriminalität zu verstärken. Die Schwerpunkt-Staatsanwalt-

schaften in Braunschweig, Hildesheim, Osnabrück und Stade wurde doch gerade dafür eingerichtet, sagt Wahlmann: „Wir haben da genug Stellen und sind auf einem guten Weg.“

Staatsanwaltschaften für Clankriminalität auf gutem Weg

Ende Juni hatten sie und die Innenministerin berichtet, dass sie im Jahr 2022 im Bereich der Clankriminalität 40 Prozent mehr Straftaten als im Jahr zuvor verzeichneten. Sie sehen das aber als Beleg dafür, in der Zuordnung von Taten besser geworden zu sein.

Es gibt Kritiker, die finden, dass der Begriff Clankriminalität unzulässig verallgemeinert. Wahlmann widerspricht: „Es geht um große Verbände – meist Familien – mit ähnlicher ethnischer Herkunft, die eine große Anzahl zielgerichteter Straftaten begehen. Diskriminierend ist das nicht. Wir verfolgen ja nur die, die sich einer Straftat verdächtig machen.“ Dazu gehöre auch ein Verhalten, aus dem eine Ablehnung des Staates und seiner Institutionen spricht. „Das sollten wir energisch bekämpfen.“

Eine Entlastung von Polizei und Justiz ist ein wichtiges Argument für das neue Cannabis-

Gesetz. Kathrin Wahlmann ist skeptisch: „Als Strafrichterin habe ich eine nennenswerte Anzahl junger Menschen erlebt, die durch Cannabis-Konsum eine Psychose entwickeln und auf die schiefe Bahn geraten sind.“ Sie warnt davor, den Konsum bei Jugendlichen zu verharmlosen und sieht Lücken in der Strafprozessordnung: „Es ist noch ungeklärt, wie Straftäter im Kollateralschaden verfolgt werden sollen.“

Wo das Cannabis-Gesetz entlasten kann – und wo nicht

Auf eine Art könnte das Cannabis-Gesetz entlasten, vermutet Dr. Katja Otter, Richterin am Sozialgericht Stade: „Durch sinkende Preise.“ Es komme oft zu Klagen, weil die Kasse die Kostenübernahme verweigere. Würde Cannabis durch die Legalisierung billiger, würden es sich mehr Leute selbst kaufen und nicht vor Gericht ziehen.

Susanne Lang rechnet am Verwaltungsgericht eher mit mehr Arbeit. Mit Cannabis haben sie und ihre Kollegen es jetzt schon oft zu tun – wegen Führerscheinentzugs. Die Fahrtüchtigkeit leidet durch regelmäßigen Konsum. Und der dürfte durch die Legalisierung eher steigen, schätzt sie.



Justizministerin Dr. Kathrin Wahlmann (SPD, Mitte) hat sich von Sozialgerichtsdirektor Guido Clostermann und Verwaltungsgerichtspräsidentin Susanne Lang die Räume zeigen lassen und einen Einblick in die Arbeit bekommen. Foto: Richter